

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Tagblatt für die Kantone St. Gallen, Appenzell, Graubünden und Glarus

Abonnementspreise: Durch die Verleger oder durch die Post zugestellt: monatlich Fr. 2.—, per Quartal Fr. 6.—, per Jahr Fr. 24.—, bei den Abgaben abgeholt Fr. 5.50. Für postamtliche Bestellungen 30 Rappen Bestellgebühr. Für das Ausland mit entsprechenden Postzuschlägen. Postfach-Konto IX 918

Amtl. Publikationsorgan der Stadt St. Gallen, der Gemeinden Rorschach, Rorschacherberg, Wittenbach, Goldach, Steinach, Thal, St. Margrethen, Rapperswil, Jona, Herisau, Waldfstätt

Infektionspreise: 1-spaltige Millimeterzelle oder deren Raum. Für die Kantone St. Gallen und Appenzell oder Graubünden und Glarus 8 1/2 Rp., übrige Schweiz 10 1/2 Rp., Ausland 12 Rp., Reklamen 33 Rp. Bei größeren Aufträgen entsprechend Rabatt. Bei Chiffre-Inserten 50 Rappen Zuschlag.

St. Gallen 39. Jahrgang Nr. 226

Redaktion und Administration Moosbrückstrasse 3, Telefon Nr. 2 61 55

Dienstag, 28. September 1943

## Ein „Kommunistenprozeß“ in Aarau

Fritz Baumann, Oberrichter, Aarau

Am 22. September standen 15 junge Männer, meist Arbeiter, und mit ihnen der alte Kommunist Arnold wegen kommunistischer Umtriebe vor Bezirksgericht Aarau. Der Staatsanwalt hat Gefängnisstrafen von fünf Tagen bis vier Monaten beantragt. Das Gericht hat sein Urteil noch nicht gefällt. Es will noch Erhebungen über die beanstandeten Untersuchungsmethoden der Polizei machen. Trotzdem rechtfertigt es sich, heute schon über den Prozeß und das was ihm vorausging, zu berichten, und zwar etwas ausführlich, weil sich verschiedene Fragen grundsätzlicher und praktischer Bedeutung stellen.

I.

Man sagt, die heutige Jugend interessiere sich nicht für Politik. Das ist verallgemeinert nicht richtig. Als vor einigen Jahren die Wellen der Politik hoch gingen, haben in Aarau junge Männer aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen einen Jungbürgerklub gegründet und in einem Jugendparlament mit allem Ernst politische und wirtschaftliche Fragen zu diskutieren begonnen. Und weil es sich um ernstliche Anliegen mit den Problemen handelte, schiedene sich denn auch bald die Geister. Die jungen Männer bürgerlicher Herkunft waren befangen in den Anschauungen ihrer Väter und die jungen Arbeiter spürten, daß sie nicht am rechten Ort waren. Als sich die jungen Bürgerlichen in einer Frage öffentlich von ihnen distanzierten, lösten die jungen Arbeiter los und gründeten die „Jungarbeitervereinigung Aarau“. Sie haben sich saubere Richtlinien gegeben und sich darin zum Sozialismus bekannt. Freilich fanden sie keine klaren sozialistischen Formulierungen. Die Richtlinien verrieten im Wesentlichen den Bildungshunger ihrer Verfasser, der wegen der Armut ihrer Eltern nicht genügend gestillt worden war. In der Jungarbeitervereinigung wurde weiter diskutiert, aber naturgemäß nun ausgesprochen unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Arbeiterklasse. Mit der Sozialdemokratischen Partei wurde keine Fühlung aufgenommen, obwohl einzelne Jungarbeiter die Söhne von Parteimitgliedern waren. Erst nach und nach entstanden lose persönliche Beziehungen zu einzelnen Parteimitgliedern.

Aber die Diskussion kann auf die Dauer den jungen Menschen nicht genügen. Sie drängen zur Aktion.

Über was tun?

Von außen her kam das Signal zur Weiterentwicklung: Ein proziger und berufsmäßiger Gegner der Arbeiterinteressen, der Sekretär des Arbeitgeberverbandes, wurde wegen Unterschlagungen im Betrage von rund Fr. 70.000.— verhaftet. Und einige Wochen später erfolgte die Verhaftung eines Sekretärs der Handelskammer, also der zweiten Organisation der aargauischen Arbeiterschaft. Die Spahen pfliffen dies von allen Dächern. Aber die Zeitungen schwiegen, auch die Zeitung der Arbeiterklasse: Man werde dann berichten, wenn das Gericht geurteilt habe. Das ertrugen die Jungarbeiter nicht. Eines Nachts verteilten sie auf den Straßen hektographierte Flugblätter, worin sie auf die Unterschlagungen hinwiesen und fragten, warum sie verheimlicht würden. Die Untersuchungsbehörden waren zu einer öffentlichen Erklärung genötigt. Die ganze Stadt sprach von der Affäre. Ein offensichtlicher Erfolg der Jungen. Er ermutigte zur Fortsetzung. Ein zweites Flugblatt wurde gestreut. Es wendete sich gegen den Genossen Dr. Arthur Schmid. Wiederum Aufsehen, schadenfrohe Wirtschaftsgespräche. Ein weiteres Flugblatt wendete sich gegen die Steuerpolitik der Sozialdemokratischen Partei. Und dann folgten eine Anzahl weitere Flugblätter. Sie waren teilweise unterzeichnet: Kommunistische Partei Aarau.

Das gab natürlich Anlaß zu polizeilichem Einschreiten, denn die Kommunistische Partei ist ja verboten. Große Polizeiaufgebote. Nachpatrouillen zu zweit in der Altstadt. Ein gefundenes Fressen für romantische junge Leute. Es war so gerissen, nach der Verdunkelung etwas auffällig durch die Gassen zu streifen, um plötzlich von zwei Polizisten gestellt zu werden, die aus einem Hausgang oder einer dunklen Nische traten und sich nach dem Wozu und Wohin erkundigten. Es tat so wohl, wenn man sie verständnisvoll angrinsen konnte — ohne Flugblätter. Raum aber ließ die Bewachung nach, flog wieder ein Flugblatt auf die Straße.

Ein fröhliches Katz- und Mausspiel.

Ich bin fest davon überzeugt, daß es zu Beginn der Flugblattaktion in Aarau weder eine kommunistische Partei noch eine kommunistische Zelle gab. Die Unterschrift unter den Flugblättern war ein Witz, eine Mystifikation, ein Ausdruck moderner jugendlicher Räuberromantik, welche durch den Eifer der Polizei immer wieder angefaßt wurde. Man könnte hierüber eine Komödie schreiben. Aber ebenso sicher ist, daß die Kommunistische

Partei überall, wo sie Morgenluft mitterte, sofort bereit ist, ein kleines Flämmchen anzuzufachen zur Flamme. So auch in Aarau. Wann sie zum ersten Mal die Fühlung mit den Jungarbeitern aufnahm, in welcher Form, durch wen, das wissen nur wenige Eingeweihte. Auf alle Fälle weiß es die Polizei nicht. Sie ist auf Vermutungen angewiesen, und darum hat sie auch auf Arnold (Basel) getippt. Ob er der „Große Unbekannte“ ist, der ein paar Mal von außen her auf dem Schauplatz Aarau erschien, steht nicht fest, ist für diese Betrachtung auch belanglos. Sicher ist lediglich, daß Beziehungen mit der Kommunistischen Partei bestanden, denn es wurden von außen her die verbotene „Freiheit“ und andere Schriften zum Vertrieb gefandt. Und sicher ist ein anderes: daß nie die „Jungarbeitervereinigung Aarau“ als solche kommunistisch wurde, sondern daß sie bald der Zerfegung anheimfiel. Die Geister schiedene sich: ein Teil entwickelte sich nach links, während der andere Teil sich entweder überhaupt zurückzog oder sich doch nicht in unersöhnlichen Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei stellen wollte. Und sicher ist, daß von den 15 jungen Männern, die wegen kommunistischer Umtriebe vor den Richter gestellt worden sind, kaum drei oder vier überzeugte Kommunisten sind, die zielbewußt — nicht auf staatsgefährlichen Umsturz, wohl aber auf den Aufbau einer kommunistischen Gruppe hingearbeitet haben. Die anderen sind zum Teil aus bloßer Räuberromantik bei den Flugblattstreunungen beteiligt gewesen und zum Teil schlitterten sie auf der Suche nach einer ihnen zusagenden politischen Betätigung in die Nähe der Kommunisten.

II.

Wie aber kam es nun zum „Kommunistenprozeß“? Mindestens einer der jungen Leute ließ sich zu Spitzeldiensten verleiten und hat seine Kameraden der Polizei denunziert. Eines Tages griff diese zu und hat rücksichtslos verhaftet. Wer sofort zusammenklappte, den ließ man sofort wieder frei. Wer aber die Beteiligung an den Flugblattaktionen und an der Verbreitung der kommunistischen Propagandaliteratur leugnete, wurde eingesperrt, bis er weich war. Ein einziger hat jedem Druck der Untersuchung standgehalten und wurde dafür 82 Tage in Einzelhaft gehalten. Andere haben Geständnisse abgelegt, sie aber später ganz oder teilweise widerrufen mit der Begründung, sie seien zu ihren Aussagen gequält worden. Man habe ihnen die Freilassung versprochen, wenn sie auslagen würden. Wer inmitten des Rechtslebens steht, ist solchen Behauptungen gegenüber vorsichtig geworden. Immerhin sprechen im vorliegenden Falle viele Momente dafür, daß die polizeiliche Voruntersuchung auf eine Art und Weise geführt wurde, die zu größten Bedenken Anlaß gibt. Der — bürgerliche — Verteidiger einiger Angekluldigter hat mit großem Ernst von Zerfall eines geordneten Untersuchungsverfahrens gesprochen. So wurden z. B. die Verhafteten von jedem Kontakt mit der Außenwelt abgeschnitten, auch wo jede Kollisionsgefahr ausgeschlossen war. Man verweigerte ihnen jede Lektüre. Dem am längsten Verhafteten hat man zuerst auf seinen Wunsch eine Bibel gegeben, sie ihm dann aber wieder entzogen, angeblich weil er darüber abschätzig Bemerkungen gemacht habe. Er war dann 82 Tage ohne irgendwelche Lektüre in Haft. Ein erheblicher Teil der Haft dient offensichtlich nur noch dazu, ihn endlich weich zu machen, denn die Einnahme aller andern Beteiligten war längst abgeschlossen. Wer der Verhandlung vor Bezirksgericht Aarau folgte, dem drängte sich der Eindruck auf, daß eine polizeiliche Voruntersuchung die Betroffenen in den Zustand völliger Rechtlosigkeit versetzt. Sie erscheinen der Polizei auf Gnade und Ungnade ausgelegt. Vor solcher Entwicklung unseres Strafrechtswesens kann nicht ausdrücklich genug gewarnt werden. Was sich die Polizeiorgane heute jungen Arbeitern gegenüber herausnehmen, das werden sie sich künftig jedem Bürger gegenüber herausnehmen, wenn man den Anfängen nicht wehrt.

Und nun die Sühne für die begangenen Sünden der jungen Arbeiter: Auch der letzte Angeklagte, der einmal ein Flugblatt gestreut hat, soll mit Gefängnis bestraft werden. Der Staatsanwalt zeigt zwar scheinbar Milde. In den meisten Fällen will er den bedingten Strafvollzug gewähren. Aber der Pferdefuß folgt: Auch für die geringfügigsten Fälle wird eine fünfjährige, d. h. die längstmögliche Bewährungsfrist beantragt. Das bedeutet den Versuch, die jungen Arbeiter für fünf Jahre mundtot zu machen! Fünf Jahre lang dürfen sie zwar wohl noch freisinnige, vielleicht auch noch gemäßigtere sozialistische Politik betreiben. Aber sie müssen sich hüten vor jeder radikalen Äußerung, die als kommunistisch ausgelegt werden könnte. Sonst müssen sie einen neuen „Kommunistenprozeß“ ge-

wärtigen, und dann den Rückzug des bedingten Strafvollzuges. Zu politischer Knebelung aber ist das Institut des bedingten Strafvollzuges nicht inschweizerische Strafgesetzbuch aufgenommen worden.

Die bundesrätlichen Vorschriften sehen für verbotene kommunistische Tätigkeit Buße oder Gefängnis vor. Der Staatsanwalt hält es für selbstverständlich, daß nur Gefängnis in Frage kommt! Obwohl es sich um Gefinnungsvergehen handelt. In den allermeisten Fällen kriegswirtschaftlicher Vergehen (Hamsterungen, Schwarzhandel usw.) werden nur Bußen ausgesprochen. Man hat kürzlich einen großen und reichen aargauischen Müller mit 20.000 Franken gebüßt. Sein Vergehen kann, der Bußenhöhe nach, nicht unbedeutend gewesen sein. Ihm ist die Gefängnisstrafe erspart geblieben. Die jungen Arbeiter von Aarau aber sollen mit Gefängnisstrafen ihre „schweren Sünden“ büßen. Warum? Eben damit man ihnen mit dem bedingten Strafvollzug den Mund verbinden kann. Die meisten sollen wegen der vervielfältigten Flugblätter bestraft werden. Mit Recht hat ihr Verteidiger darauf hingewiesen, daß kein einziges von ihnen kommunistisches Gedankengut vertritt. Es ist geradezu erstaunlich, wie primitiv sie verfaßt sind. Alle oder fast alle hätten bei Tageslicht verteilt werden können — wenn sie nur als Unterschrift die Bezeichnung „Wähler aus allen Parteien“ oder dergleichen getragen hätten, statt „Kommunistische Partei“!

III.

Von Bedeutung an der ganzen Affäre ist nicht das, was die jungen Arbeiter an Flugblättern produziert und verteilt haben. Alles das ist lächerlich unwichtig und darum ist auch die ganze Polizeiaktion, das Untersuchungs- und Gerichtsverfahren unsinnig aufgebaut. Von Bedeutung ist die geistige Situation der jungen Arbeiter. Sie leiden unter dem Joch unserer Wirtschaftsordnung, die die geistig regsam und hungrigen in ihrer Entwicklung hemmt, richtige Entwicklung sogar verunmöglicht. Sie suchen nach einem besseren Weg in die Zukunft. Sie sehen ihn in der sozialistischen Bewegung. Aber sie finden den Weg zu ihr nicht und fallen in die Hände der witterungstüchtigen Kommunisten, die sie rücksichtslos als Instrumente mißbrauchen. Warum finden sie den Weg zur Sozialdemokratie nicht? Sie fel verborgen und verbürgerlicht, behaupten sie. Natürlich ist diese Behauptung in ihrer Verallgemeinerung falsch, und man kennt den Vater solcher Formulierungen. Aber ebenso sicher liegt ein Gran Wahrheit in der Behauptung. Wie werden gelegentlich junge Genossen von alten, in der Bewegung ergrauten Hauptern abgepußt! Oft sachlich mit Grund. Aber jungen Menschen, die durch den Sozialismus zu freien Menschen werden wollen, imponiert man nicht durch autoritäre Abhangelung. Man muß sie überzeugen. Man muß ihnen auch Vertrauen schenken und ihnen Aufgaben zuweisen. „Sie sollen Flugblätter verteilen.“ Gewiß sollen sie es. Aber das ist nicht genug. Denn es ist nicht der Ausdruck des Vertrauens, sondern es heißt deutlich genug: „Macht das, was wir nicht gern tun!“

Man muß auch versuchen, dem jungen Arbeiter zu zeigen, inwiefern „Verbürgerlichung“ als Zusammenarbeit mit dem Bürgertum eine politische Notwendigkeit ist. Aber man soll sich dafür hüten, einem Kriegsgeminnler den Segen bei der Einweihung seines „Wohlfahrtshauses“ zu geben. Man soll persönlich und in der Politik die Distanz vor dem Bürgertum wahren. Die Jugend ist geneigt, ja oder nein zu sagen. Sie liebt nicht alle diese Uebergänge vom Ja zum Nein, die das Leben beherrschen. Sie soll spüren, daß wir Sozialisten uns durch all diese Uebergänge nicht abbringen lassen vom eindeutigen Ja: Sozialismus!

## Die „Nation“ verboten

Bern, 27. Sept. ag. Amtlich wird mitgeteilt: Die Pressekommission der Abteilung Presse und Zensur hat die Wochenzeitung „Die Nation“ wegen wiederholter schwerer Verstöße gegen die Pressevorschriften über die Wahrung der Neutralität, insbesondere wegen einseitiger Berichterstattung über die Kriegsergebnisse, Einschaltung in ausländische Propaganda und unkorrekter Behandlung von Gerichten auf die Dauer von zwei Wochen im Erscheinen eingestellt.

## Die italienischen Flüchtlinge

Bern, 27. Sept. ag. In der Sitzung des Bundesrates vom Montag hat der Vorsteher des eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat von Steiger, über seine Besprechungen mit der Tessiner Regierung über die Frage der italienischen Flüchtlinge Bericht erstattet. Er wird bei der Beantwortung der Interpellationen Grimm im Nationalrat und Weber (Grafwil) im Ständerat nähere Angaben machen.

Was tausend Wichte sagen, bekommt Gewicht, wird wichtig, weil die Wichte tausend sind und die Ehrenmänner, die's nicht glauben, höchstens zehn. Auch haben die Schufte in der Regel bessere Lungen als die Ehrenmänner, sie schreien mehr, und nichts wirkt auf die Welt mehr als Geschrei.

Johann Nestroy (1801—1862).

## Wichtige Tagesnachrichten

Im Kubangebiet ist Temrjuk von den Russen erobert worden. Im Gebiet des mittleren Dnjepr konnten die Russen in die Vororte von Dnjepropetrowsk eindringen, wo sich heftige Straßenkämpfe abspielten. Zwischen Kremenischug und Kiew konnten die russischen Brückenköpfe auf dem Westufer des Dnjepr verstärkt werden. In der Zentralfront geht der russische Vormarsch gegen Gomel und Witebsk weiter.

Auf ihrem Vormarsch gegen Foggia hat die Achse Armee Margherita di Savoia besetzt. Die Amerikaner konnten nach erbitterten Kämpfen einen Keil in die deutschen Linien südlich von Avellino treiben, wodurch die deutschen Stellungen im Gebiet von Neapel von Nordosten bedroht werden.

Der italienische König und Badoglio befinden sich in dem von den Alliierten besetzten Gebiet Süditaliens. Nach deutschen Meldungen ist Mussolini am Montag in dem unter deutscher Herrschaft stehenden Teil Italiens eingetroffen.

In Dänemark wurde eine neue Serie von Sabotageakten begangen; die Deutschen haben den Ausnahmezustand in der Provinz Jütland verschärft.

Die Chinesen haben in der Provinz Kiangsi eine neue Offensive gegen die Japaner ausgelöst.

## Nationalrat

6. Sitzung, Montag, den 27. September 1943, 18 Uhr. Vorsitz: Keller - Aargau (freis.)

O. P. Zu Beginn der zweiten Sessionswoche erledigt der Rat durch diskussionslose Zustimmung das Geschäft betreffend Zusage eines Bundesbeitrages an den Kanton Wallis von 1,14 Millionen Franken (40 Prozent der Voranschlagssumme) für die Vervollständigung der Rhonekorrektur zwischen Chalais und Vernayaz. Als Kommissionsreferenten amten Gabathuler - St. Gallen (freis.) und Piot - Waadt (lib.-kons.).

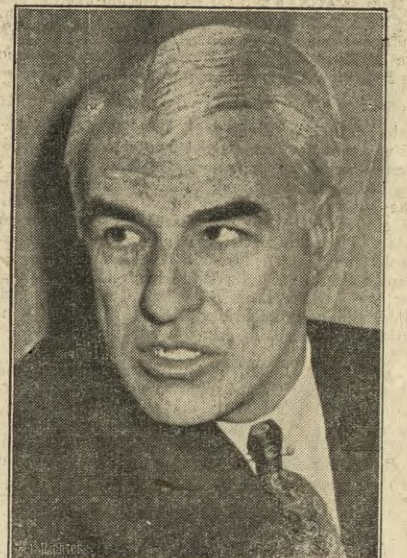
Aus dem Ständerat kommt zur Bereinigung von Differenzen das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb zurück. Lachenal - Genf (freis.) und Niederhäuser - Basel (k.k.) erläutern als Kommissionsreferenten die Differenzen, die redaktioneller Natur sind. Der Rat stimmt der Fassung des Ständerates zu. Das Geschäft geht zur Schlussabstimmung an den Ständerat zurück.

Auf schriftlichen Antrag der Kommission hin erteilt der Rat stillschweigend dem Abkommen mit Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung seine Genehmigung.

Für die Schaffung von Beratungsgemeinschaften

Robert - Neuenburg (soz.) begründet ein umfassendes Postulat für eine fortschrittlichere Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

In Anbetracht des Umstandes, daß in einem demokratischen Staatswesen der soziale Friede nicht durch Gewaltmaßnahmen gesichert werden kann, sondern, daß er die natürliche Folge einer entschlossenen Fortschritt-



In Amer.ka. Präsident Roosevelt gab den Rücktritt des bisherigen Unterstaatssekretärs Sumner Welles bekannt. Zu seinem Nachfolger als Unterstaatssekretär im Außenministerium wurde Edwards Stettinius ernannt.



lichen Sozialpolitik darstellen muß und einer besseren und gerechteren Verteilung der Produkte der Arbeit, und in Erwägung, daß sich dieses Ziel um so rascher erreichen läßt, als die Berufe besser organisiert und befähigter zum Selbsthandeln sein werden, laden die Unterzeichneten den Bundesrat ein, der Bundesversammlung innert tunlichst kurzer Frist einen Bericht und allfällige Anträge vorzulegen über die Gesamtheit der Maßnahmen im Interesse der Förderung und nötigenfalls der Veranlassung

- 1. des Abschlusses von Kollektivverträgen in jedem Berufe, wodurch die Arbeitsbedingungen in möglichst genauer und eingehender Weise geregelt werden;
2. der Schaffung von Berufsgemeinschaften in allen Gewerbebezügen mit bestehenden Kollektivverträgen, welche Berufsgemeinschaften gegründet sein sollen auf:
a) das freie Organisationsrecht sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Arbeitgeber;
b) die Gleichheit der Rechte der Berufsorganisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, indem die Organe der Gemeinschaft auf paritätischer Grundlage gestellt werden;
c) die Vertretung der Gruppierungen der Arbeitgeber einerseits und der Arbeitnehmer andererseits in den Organen der Berufsgemeinschaft auf der Grundlage des Proporz, wobei das Recht auf eine direkte Vertretung nicht nur kraft der Mitgliedschaft der Arbeitnehmer- oder Arbeitgeber-Vereinigung in der Gemeinschaft bestehen soll.

Die Berufsgemeinschaften sollen sich, indem sie sich an die vom Bunde zu erlassenden Vorschriften halten, mit folgenden Fragen befassen:

- aa) Regelung der Produktion (Ausschaltung jeder schädlichen Konkurrenz, Verteilung der Arbeit, Stellenvermittlung);
bb) Festlegung der Preispolitik;
cc) berufliche Ausbildung;
dd) Studium der Berufs- oder Sozialprobleme, die ihnen von den öffentlichen Behörden unterbreitet werden könnten;
ee) gemeinsame Verwaltung des Gemeinschaftsgutes und der beruflichen Ausgleichskassen;
ff) technische Forschungsinstitute;
gg) Erwerb und Verteilung von Rohstoffen und Maschinen, insbesondere im Gewerbe.
3. der Gründung von Industriegemeinschaften, in denen die Berufsgemeinschaften der Gewerbe auf streng paritätischer Grundlage zusammengefaßt sind, und wobei sich diese Industriegemeinschaften in gleicher Weise mit den verschiedenen Fragen, die die ihnen angeschlossenen Gewerbebetriebe betreffen, (Baugewerbe, Uhrenindustrie usw.) zu befassen haben.

Für einen modernen Arbeiterschutz

Auf verwandtem Gebiet liegt das nächste Postulat, das von Leuenberger-Zürich (soz.) begründet wird und zum Ziele hat, den gesamten Arbeiterschutz neuzeitlich zu gestalten. Das Postulat lautet:

Das eidgenössische Fabrikgesetz ist teilweise veraltet. Viele seiner Vorschriften sind überholt. Es gewährt keinen genügenden Arbeiterschutz mehr. Wichtige Postulate, die das wertvollste Wirtschaftsgut — die menschliche Arbeitskraft — in Zukunft besser schützen wollen, als dies bisher der Fall war, können ohne Gesetzesrevision nicht verwirklicht werden. Die Revision soll ermöglichen, den gesamten Arbeiterschutz neuzeitlich zu gestalten.

Parallel und von den gleichen Grundsätzen eines modernen Arbeiterschutzes getragen, muß auch die Arbeit in Handel und Gewerbe geregelt werden. Der moderne Arbeiterschutz hat in umfassender Weise

- a) der Sicherung der Existenz des Arbeiters und seiner Familie,
b) der Förderung der Produktion und der Volkswohlfahrt

zu dienen auf Grund einer demokratischen Arbeitsdisziplin. Soweit der Schutz der Arbeitskraft es erfordert, hat das neue Arbeitsrecht die rechtliche Verfügung über das Betriebsvermögen zu beschränken.

Der Schutz der menschlichen Arbeitskraft hat mit dem Eintritt in das Berufsleben zu beginnen. Die Berufswahl nach Fähigkeiten und Neigungen ist allen Menschen zu sichern. Der Schutz der jugendlichen Arbeitskräfte und derjenigen der Frauenarbeit ist zu verbessern.

Die Garantie einer ausreichenden Entlohnung ist in den gesetzlichen Arbeiterschutz einzubeziehen. Es sind Mittel und Wege zu suchen, um einen Ausgleich der Löhne und der sozialen Lasten zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen zu erreichen.

Vor allem aber ist uneingeschränkt das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten zu sichern und im Sinne des Postulates Robert die Vertragspolitik zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob er in diesem Sinne bereit ist:

- 1. Das eidgenössische Fabrikgesetz zu revidieren,
2. Ein Bundesgesetz über den Schutz der Arbeit im Handel und in den Gewerben mit tunlichster Beschleunigung ausarbeiten zu lassen.

Genosse Leuenberger zeichnet in seiner Begründung den langwierigen Werdegang der Arbeiterschutzgesetze. Er analysiert die bestehenden Verhältnisse und Gesetze, er analysiert die Notwendigkeit einer Modernisierung und Erweiterung des Arbeiterschutzes oder noch besser die Schaffung eines schweizerischen Arbeiterrechtes zu belegen. Das Volk erwartet keine Fassadenverkleisterung mehr, sondern weitgehende Maßnahmen im Sinne einer vollen Entfaltung der menschlichen Kräfte.

Bundesrat Stämpfli wird die am Freitag und Montag begründeten wirtschafts- und sozialpolitischen Postulate zusammen beantwortet. Vorläufig erteilt er nun die Antwort auf die Interpellation des Genossen Mosser-Zürich über die Lohnverhältnisse in der

Heimindustrie.

insbesondere in Eriswil. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit hat sich mit den dortigen Verhältnissen befaßt und festgestellt, daß diese absolut unzulänglich waren und Kritik herausfordern mußten. Das beste Mittel, diesen und ähnlichen Verhältnissen zu steuern, liegt in der Durchführung des Bundesgesetzes über die Heimarbeit. Die darin vorgesehenen Fachkommissionen für das Bekleidungs- und Handstickerei- und die Bandweberei, sind bestellt und an der Arbeit. Dem Biga haben sie Vorschläge für Mindestlöhne unterbreitet. Diese sind nun den interessierten Kantonsregierungen zur Begutachtung vorgelegt worden.

Sobald der Bundesrat im Besitze der Stellungnahme dieser Kantone sein wird, wird er die Frage der Allgemeinverbindlicherklärung dieser Minimalansätze prüfen. Zu der in der Interpellation aufgeworfenen Frage betreffend das Koalitionsrecht wird der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes im Zusammenhang mit den eingangs erwähnten Postulaten antworten.

Schweizerischer Landesender

Mittwoch, den 29. September
6.20 Uhr: Frühturnkurs. 6.45 Nachrichten. 6.50 Platten. 7.10 Pause. 11.00 Kongert. 12.30 Nachrichten. 12.40 Kongert. 13.45 Pause. 16.00 Für die Frau. 16.59 Zeit. 17.00 Platten. 18.00 Kinderstunde. 18.30 Vortrag. 18.50 Platten. 18.55 Mitteilungen. 19.00 Wochenkurs. 19.10 Platten. 19.15 Woran man denkt. 19.30 Nachrichten. 19.40 Platten. 19.50 Vortrag. 20.10 Kongert. 20.50 Berner Gewandchor. 21.50 Nachrichten.

Neapel von Nordosten bedroht

Ein amerikanischer Keil südlich von Avellino

Berlin: „Abgefeht“

Berlin, 27. Sept. ag. (DNB.) Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: An der süditalienischen Front führte der Feind im Gebirge westlich und nordöstlich Salerno zahlreiche örtliche Angriffe, die jedoch unter schweren feindlichen Verlusten scheiterten. Im Ostabschnitt haben sich unsere Kampfgruppen nach Zerstörung der Verkehrseinrichtungen ungehindert vom Feind auf neue Stellungen abgesetzt.

Die Amerikaner vor Avella und Avellino

Im Feldhauptquartier General Clark, 27. Sept. (Ech.) Ein Sonderkorrespondent der „Exchange“, der soeben ein Kriegsgefangenenlager aufsuchte, schreibt: „Es ist buchstäblich richtig, daß unsere Truppen, die von Salerno in westlicher Richtung nach Neapel vordringen, im Kampf mit der „Hitler-Jugend“ stehen. Von 200 Kriegsgefangenen, die in den letzten 24 Stunden hier eingeliefert wurden, sind nur vier über 22 Jahre alt. Alle anderen stehen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren und sind aus der „Hitler-Jugend“, aus „Ordensburgen“ und anderen nationalsozialistischen vormilitärischen Organisationen hervorgegangen. Es sind fanatische Nazis, die auch in der Gefangenschaft noch festhalten vom Endsieg des Dritten Reichs überzeugt sind. Neben diesem Kern der Truppe findet man aber auch die merkwürdigsten Soldaten: Einäugige, Fußbehinderte oder Verwundete, die aus Lazaretten für den Frontdienst wieder freigegeben wurden, obgleich sie — jedenfalls nach britischem Reglement — keineswegs genügende Rekonvaleszenz hatten. Die jungen Nazis sind gefährliche Gegner, die selbst in hoffnungslosen Positionen den Kampf nicht aufgeben. Jede Truppe hat außerdem einen gewissen Prozentsatz „Volksdeutscher“ bei sich, die meist für das Legen von Minen und für Sprengungen eingesetzt werden und übrigens scharf unter Bewachung durch die Nazistruppen gehalten werden, da sie nach dem eigenen Urteil der deutschen Soldaten als „höchst unzuverlässig“ gelten. Man hat uns immer wieder erklärt, daß es „diese verräterischen Elemente“ (wie sich ein deutscher Offizier ausdrückte) gewesen sind, die die Verantwortung dafür tragen, daß das „Dünkirchen“ bei Salerno doch noch danebenschlug.

Nördlich und nordwestlich von Salerno steht die Truppe in einem äußerst erbitterten Kampf von Mann zu Mann. Von der See und vom Land her liegt schweres Artilleriefeuer auf

den Höhenzügen, die von den Deutschen gehalten werden.

In dieser Phase des Kampfes kommt es jetzt vor allem darauf an, die Flankenmanöver zu beschleunigen, die zu einem Einbruch in die deutschen Bergstellungen von Avellino aus führen sollen. Die Fünfte Armee hat schneller vorrücken können und besetzt die beiden Ortschaften Calabritto und Chiusano. Sie steht damit nur wenig von Altavilla entfernt, wo der Einbruch in die Ebene erwartet wird. Von Avellino, dem Schlüsselpunkt der Frontalfront gegen Neapel, sind die Amerikaner etwa 12 Kilometer entfernt.

Die Achte Armee steht im Anschlußsektor bei Muro, das am frühen Montagmorgen besetzt wurde. An der Nordküste haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Deutsche Artillerie in beträchtlicher Konzentration feuert auf die in Richtung Foggia anmarschierenden britischen Truppen. Mit einer baldigen Besetzung von Foggia ist um so weniger zu rechnen, als sehr schlechtes Wetter einsetzte und die Royal Air Force nur in beschränktem Umfang in der Luft sein kann.

Letzter Bericht aus Italien

Im Hauptquartier General Alexander, 28. Sept. (Ech.) Nach außerordentlich erbitterten Kämpfen ist es der 5. USA-Armee am Montag gelungen, einen 15 Kilometer tiefen Keil in die deutschen Linien südlich von Avellino zu treiben und bis unmittelbar vor die Stadt selbst zu gelangen. Damit ist eine sehr ernste Bedrohung für Kesselfestungen in Neapel von Nordosten her entstanden. General Clark befindet sich an vorderster Linie, um das Kommando über die Truppen zu führen, die jetzt den Sturmangriff auf den wichtigen Knotenpunkt von Avellino vorbereiten.

Die Achte Armee hat Margherita di Savoia genommen, das an der nach Foggia führenden Hauptstraße liegt. Die Vorhut der Montgomerys stehen jedoch an der Nordküste bereits zehn Kilometer weiter westlich und dürften am Dienstag das Westende des Lago di Salpi erreicht haben. Vom Salzsee verläuft nunmehr die Frontlinie über den Monte Milone nach San Cipriano. Von diesem letzteren Punkt aus hat General Clark Panzertruppen zur Bedrohung der Strafen eingesetzt, die nach Neapel führen.

Das Wetter ist nach wie vor regnerisch und behindert den Einsatz der alliierten Luftwaffe so sehr, daß die Truppen kaum noch wirksamen Fliegerbeschuss haben.

Die Russen in den Vororten von Dnjepropetrowsk

Die russischen Brückenköpfe am Westufer des Dnjepr erweitert Temrjuk im Kubangebiet von den Sowjettruppen erobert

Deutscher Bericht

Berlin, 27. Sept. ag. (DNB.) Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: Südostwärts Saporoſchje griff der Feind mit starken, von Schlachtfliegern unterstützten Infanterie- und Panzerkräften an. Wo die Sowjets an einigen Stellen örtliche Einbrüche erzielen konnten, wurden diese abgeregelt. Wichtige eigene Gegenangriffe verliefen erfolgreich. Vom Dnjeprknie bis zur Bripetmündung verjagte der Feind gestern wieder an zahlreichen Stellen, den Dnjepr zu überschreiten. Die meist in der Dunkelheit eingehenden Kampfgruppen wurden durch sofort einsetzende Gegenstöße vernichtet oder zurückgeworfen und auf engstem Raum zusammengeedrängt. — Im mittleren Frontabschnitt dauern die Abwehrkämpfe in den bisherigen Schwerpunkt mit unverminderter Stärke an. Die Russen, die zum Teil hier neue Kräfte ins Gefecht führten, erlitten in den harten Kämpfen hohe Verluste.

Frontbericht aus Moskau

Moskau, 27. Sept. (Exchange.) Das Tagesgespräch der Moskauer Bevölkerung ist noch immer die Eroberung von Smolensk. Wohl noch kein Sieg — außer dem von Stalingrad — hat die Wälder so begeistert und elektrifiziert wie der von Smolensk. Mit Smolensk ist das letzte Hindernis auf dem Vormarsch in weißrussisches Gebiet gefallen. Westlich von Smolensk gibt es keine entscheidenden natürlichen Hindernisse mehr. Zwar gibt es dort viele Sümpfe und dichte Wälder, aber im großen und ganzen stellt das Gelände doch ein ideales Operationsterrain für Tankabteilungen und motorisierte Verbände dar. Außerdem können die Russen auf die Unterstützung zahlreicher, glänzend organisierter Partisanen zählen. Auch deutsche Verteidigungslinien von Bedeutung gibt es im ganzen Gebiet westlich von Moskau bis zur ehemaligen russisch-deutschen Demarkationslinie in Polen nicht mehr. Der Fall Smolensk bietet also dem Oberkommando Moskau glänzende strategische Möglichkeiten.

Während an der Zentralfront die Armeen Sokolowitsch und Romanoskos zu beiden Seiten des Dnjepr-Oberlaufes rapid auf die nächsten großen Ziele: Witebsk, Mogilew und Gomel, vorrücken, im Versuch dort hinter die Dnjepr-Stellung zu gelangen, um diese im Rücken zu fassen, liegt gegenwärtig doch der kritische Punkt der ganzen Front am mittleren Dnjepr, zwischen Kiew und Dnjepropetrowsk. Hier haben die Russen bereits über den Dnjepr übergeföhrt und kämpfen auf dem Westufer. Die Deutschen leisten verzweifelt Widerstand, denn hier dürfen sie nicht zurückweichen. Un sie es, bevor noch ihre Truppen aus dem Dnjepr-Knie, dem Kuban und der Krim evakuiert sind, dann droht ihnen eine Katastrophe, die noch größer ist als die von Stalingrad. Der Dnjepr ist hier an beiden Ufern von einem etwa sechs Kilometer breiten Sumpfbereich umgeben, so daß das Ueberföhren schwerer Materials sehr schwierig sein dürfte. Andererseits aber befinden sich im Strom zahlreiche kleine Inseln, die

als Sprungbretter zum jenseitigen Ufer dienen können. Um diese winzigen Plätze wird jetzt erbittert gekämpft.

Das Artillerieduell nimmt in den wichtigsten Sektoren, besonders dort, wo die Russen Brückenköpfe auf dem Westufer besitzen, stündlich größere Ausmaße an. Granaten und Bomben weifen über den Fluß, um die deutschen Verteidigungsstellungen sturmreif zu machen. Im Laufe der Nacht zum Montag gelang es russischen Truppen im Schutz dichter Nebel an weiteren Stellen auf dem Westufer Fuß zu fassen. Sie wurden dort sofort von den Deutschen energisch angegriffen. Die russischen Stellungen auf dem Westufer können noch nicht als konsolidiert betrachtet werden.

Am Kuban halten die Achsentruppen nur noch geringe Teile der Taman-Halbinsel. Es ist ihnen — allerdings unter schweren Verlusten — gelungen, einen Teil der Truppen nach der Krim zu evakuieren. Das schwere Material mußte jedoch an der kaukasischen Küste zurückbleiben und wird jetzt von den Russen in riesigen Massen gesichert. Am Montag standen die Russen nur noch wenige Kilometer von Temrjuk entfernt, der letzten größeren Ortschaft an der Kubanmündung, die noch im Besitz der deutsch-rumänischen Truppen ist.

Vor Dnjepropetrowsk, Kremenchug und Kiew unternehmen die Deutschen weiterhin entschlossene Gegenangriffe, ohne jedoch den russischen Vormarsch aufhalten zu können. Besonders westlich der Stadt Bromary (östlich von Kiew) tobten noch immer erbitterte Panzergefechte. Gegenangriffe zur Wiedereroberung dieser Stadt scheiterten unter hohen Verlusten für die Angreifer.

Im ganzen Nordteil der Front hält der rasche russische Vormarsch an. Gegenangriffe erfolgen nur sporadisch. Die Deutschen nehmen sich nicht einmal mehr die Zeit, ihre großen Munitions- und Nahrungsmittellager zu zerstören, von denen allein am Sonntag acht völlig intakt in russische Hände fielen.

Nachtbericht aus Moskau

Moskau, 28. Sept. (Exchange.) Im Kubangebiet ist Temrjuk am Montagmorgen von den Russen genommen worden. Der Widerstand der Achsenmächte auf der Tamanhalbinsel ist gebrochen, und die Ueberreste der deutsch-rumänischen Verbände werden gegen die Strafe von Kertsch abgedrängt. Mehrere kleinere Einheiten des Gegners wurden abgeprengt und aufgegeben. Die deutschen Verluste an Mannschaften und Material steigen, je bedrängter die Lage der auf der Taman-Halbinsel verbliebenen Achsentruppen wird. Unaufhörlich ergießt sich ein Bomben- und Granatengel auf die am Meeresstrand verammelten deutsch-rumänischen Verbände, die dort auf ihre Evakuierung warten.

Am Dnjepr und an der Zentralfront erzielten die Russen am Montag sehr wertvolle Geländegewinne, in einzelnen Sektoren bis zu 25 Kilometer, wobei sie weit über 1000 Ortschaften wieder eroberten. Russische Truppen standen am Montagabend in den Vororten von Dnjepro-

petrowsk und hatten sich Gomel bis auf 25 Kilometer genähert.

Von den Fronten wird im einzelnen gemeldet: Mittlerer Dnjepr: In der Schlacht um die deutschen Brückenköpfe auf dem Ostufer des Dnjepr haben die Russen am Montag bedeutende Erfolge errungen. Der Brückenkopf von Dnjepropetrowsk ist jetzt auf kleine Reste zusammengebrochen und die Russen sind am Montag in die Vororte der Stadt eingedrungen. Es entwickelten sich blutige Straßenkämpfe, in deren Verlauf bisher eine der Vorstädte — Nischne-Dnjeprowsk — erobert wurde.

Die Offensive gegen den Brückenkopf von Kremenchug entwickelt sich für die Russen ebenfalls günstig. Ein von den Deutschen mit Energie verteidigter Sperrring in 40 Kilometer Entfernung von der Stadt ist an mehreren Stellen durchbrochen worden und russische Panzerverbände befinden sich im konzentrischen Vormarsch auf die Stadt, von der sie noch 20 bis 30 Kilometer in verschiedenen Sektoren entfernt sind.

Der Kampf um die Dnjepr-Uebergänge: Der seit Sonntagmorgen tobende Kampf um die Dnjepr-Uebergänge zwischen Kremenchug und Kiew nimmt an Heftigkeit stündlich zu. Es ist den Russen gelungen, auf Booten beträchtliche Verstärkungen, darunter auch leichte Artillerie, auf das Westufer hinüberzuwerfen, so daß sich die Lage der bedrängten russischen Brückenköpfe gebessert. Von zuständiger Stelle wird jetzt auch bestätigt, daß während der Nacht zum Montag mehrere Fallschirmjäger-Bataillone im Gebiet der Brückenköpfe niedergegangen sind.

Schlacht um Kiew: Die Schlacht um den innersten Verteidigungsring von Kiew ist noch unentschieden. Angriff und Gegenangriff wechseln in rascher Folge und mehrere Ortschaften zwischen Bromary und Kiew haben mehrfach den Besitzer gewechselt.

Die Offensive an der Zentralfront: Die Truppen General Romanoskos haben in der Offensive gegen Gomel am Montag große Fortschritte erzielt, besonders am linken Flügel, der an mehreren Stellen südlich von Gomel den Dnjepr erreicht hat. Den Panzerverbänden am linken Flügel gelang die Eroberung von Rosowitsch an der Bahnlinie Bachmatſch-Gomel, 25 Kilometer südöstlich von Gomel. Hier stehen sie Gomel am nächsten. Weiter im Südosten wurde Dobrienka genommen (40 Kilometer von Gomel).

Weiter nördlich hält der stürmische Vormarsch in Richtung auf die Querbahn Leningrad-Mogilew an. Die auf Mogilew und Witebsk vorrückenden russischen Truppen legten am Montag bis zu 20 Kilometer zurück und eroberten dabei rund 650 Ortschaften. In der Offensive gegen Mogilew stürmte die von Roslawl aus operierende Hauptkolonne die Stadt Schumach (35 Kilometer westlich von Roslawl), während der rechte Flügel Roslawl (130 Kilometer nordöstlich von Mogilew) erreichte.

Auf der ganzen Front vor Witebsk erobern die Russen eine Ortschaft nach der anderen. Starke Widerstand haben sie lediglich auf dem rechten Flügel zu überwinden, wo die Deutschen zur Verteidigung der Bahnlinie Leningrad-Witebsk, die unmittelbar bedroht ist, starke Kräfte zur Verfügung haben.

Verschärfung des Luftkriegs gegen Deutschland

500 fliegende Festungen im Tagesangriff auf Emden

Im Hauptquartier der 8. USA-Luftflotte England, 28. Sept. Der militärische Mitarbeiter der „Exchange“ für Fragen des Luftkrieges schreibt: „Der am Montag auf Emden und Aurich abgewirkte Angriff der „fliegenden Festungen“ stellt den Beginn einer neuen und vermutlich entscheidenden Luftphase dar. Fast 500 dieser schweren Bomber waren an dem Unternehmen beteiligt, das alle bisherigen Tagesangriffe weit in den Schatten stellt. Die Bombenlast mußte dabei — es wurden knapp über 1000 Tonnen Dynamit abgeworfen — nach dem „Flächenmuster“ der RAZ geschleudert werden, was einen Verzicht auf präzises Bomben darstellte.

Über auch in anderer Richtung stellt der Tagesangriff eine Neugierde dar. Zum ersten Male wurden die „fliegenden Festungen“ von den 7000 Kilos schweren „Thunderbolt“ bis zum Ziel geleitet. In diesem Tatbestand liegt die Erklärung dafür, daß nur 7 der Festungen verloren wurden.

Die deutschen Jäger verloren jede Angriffsspitze, da sie sich unerwartet nicht nur den geschlossenen Bomber-Formationen gegenübersehen, sondern auch der Flankendeckung durch die schnellen „Thunderbolt“.

Die Luftschlacht über Emden war die schwerste, die seit den Tagen von Dieppe ausgetragen wurde. Die Vorhut der Amerikaner bestand aus „Thunderbolt“, die niedrig über die Angriffsziele niederstiegen und dann Magnesium-Bomben abwarfen, die den nachfolgenden Bombern klar das Angriffsobjekt andeuteten. 30 Minuten lang gingen dann die fünffachen Explosionsbomben und Zehntausende von Brandgranaten nieder, die inmitten des Zielgebiets zu schwersten Zerstörungen führten.

Ueber Nordfrankreich war zur gleichen Zeit über den Flugplätzen von Beauvais-Tille, Conches und Abbeville-Druac ein Verband von mehreren hundert alliierten Bombern.

General Eaker, der Befehlshaber der 8. USA-Luftflotte, erklärte: „Vor drei Monaten haben wir vorausgesehen, daß wir Tagesangriffe auf Deutschland mit der Abwurfmenge von 1000 Tonnen Dynamit vorbereiten. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Damit ist eine außerordentliche Verschärfung des Luftkrieges gegen Deutschland eingetreten.“

Die RAZ im Nachtangriff

Im Hauptquartier der RAZ, 28. September. (Exchange.) Viele hundert schwere Bomber der RAZ haben am späten Montagabend England verlassen. Es dürften ausgebeutete Angriffsoperationen über feindlichem Gebiet durchgeführt werden,